

Altersarmut: Symptom einer verfehlten Rentenpolitik

geschrieben von Reiner Heyse | 11. Juli 2019

Altersarmut: Symptom einer verfehlten Rentenpolitik

Gastbeitrag von Günter Eder



Günter Eder, Autor des aufschlussreichen Buches "Die Rente im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Demografie", hat uns den folgenden Artikel freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Bezüglich der Einschätzung zur Wirksamkeit der Grundrente sind wir weniger optimistisch - siehe unseren Beitrag "[Grundrente - Ein Trippelschritt in die richtige Richtung?](#)"

Günter Eder

Altersarmut: Symptom einer verfehlten Rentenpolitik

Das

Rentenniveau ist in den letzten Jahrzehnten spürbar zurückgegangen und es wird nach Auffassung der meisten Rentenexperten weiter zurückgehen. Mit dem Rückgang

des Rentenniveaus ist in Deutschland das Risiko der Altersarmut gestiegen. Um diese Entwicklung abzumildern, hat die Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, eine Grundrente einzuführen. Diese soll im Alter ein verlässliches Einkommen oberhalb der Grundsicherung (Hartz IV) gewährleisten. Ob der vorgesehene Rentenerhöhungsmechanismus allerdings Renten

oberhalb der Armutsschwelle garantiert, ist eher zweifelhaft. Uneins sind sich die Koalitionäre zudem in der Frage, ob der Anspruch auf Grundrente mit einer Bedürftigkeitsprüfung verbunden sein soll oder ob eine Mindestzahl an

Beitragsjahren als Voraussetzung ausreicht. Die entsprechende Auseinandersetzung wird in der Politik intensiv geführt und gefährdete zeitweise sogar den Fortbestand der Großen Koalition.

Auch unter

Rentenexperten wird die Bedürftigkeitsprüfung kontrovers diskutiert. Die einen halten sie aus Gründen der Zielgenauigkeit der Mittelvergabe für wichtig, die anderen sehen darin eine Hürde, die viele alte Menschen mit niedrigen Renten davon abhalten würde, die Leistung in Anspruch zu nehmen. Die Tatsache, dass das Thema der Altersarmut breiter diskutiert wird, ist uneingeschränkt zu begrüßen, da auf diese Weise ein brisantes gesellschaftliches Thema in den Fokus öffentlichen Interesses rückt. Und das Instrument der Grundrente böte die Möglichkeit, vielen armutsgefährdeten Rentnern schnell und wirksam zu helfen. Was dabei allerdings nicht aus dem Blickfeld geraten darf ist die Frage nach den Ursachen der Altersarmut. Denn die Entwicklung ist ja nicht über Nacht vom Himmel gefallen, sie ist Resultat konkreter politischer und rentenpolitischer Maßnahmen in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Unabhängige und fundierte wissenschaftliche Untersuchungen, die Aufschluss geben würden über die Relevanz einzelner rentenmindernder Effekte, stehen bis heute aus.

Oftmals wird

auf den demographischen Wandel als Erklärung für den Rückgang des Rentenniveaus

verwiesen, ohne diesen Zusammenhang angemessen zu belegen und ohne zu erklären,

warum ähnliche demographische Veränderungen zwischen 1950 und 2000 nicht mit ähnlichen sozialen Verwerfungen verbunden waren. Viele sehen die Lösung des Problems in der Verbesserung der Einnahmesituation der GRV, indem die Versicherungspflicht auf Beamte und Selbständige ausgeweitet wird. Um die Wirksamkeit der Maßnahme zu belegen, wird auf Österreich verwiesen, wo diese Berufsgruppen in das gesetzliche Rentensystem eingebunden sind und wo deutlich höhere Renten gezahlt werden. Ob aber allein die Ausweitung der Pflichtmitgliedschaft ausreichen würde, die Rentenproblematik bei uns zu beheben, ist zweifelhaft. Denn das österreichische Rentensystem unterscheidet sich nicht nur in diesem Punkt von der Situation in Deutschland. Dort hat man beispielsweise jeglichen Privatisierungsbestrebungen widerstanden und statt dessen einen – verglichen mit Deutschland – deutlich höheren Beitragssatz festgelegt. Hinzu kommt: Beamte und Selbständige bleiben nicht auf Dauer Einzahler, auch sie werden irgendwann zu Rentenempfängern und erhalten Renten adäquat zur Höhe der Einzahlungen, die sie geleistet haben. Möglicherweise

gewinnt man nur etwas Zeit, wenn nicht parallel dazu weitere Fehlentwicklungen im Rentensystem korrigiert werden.

Das Wissen um

Strukturen und Zusammenhänge ist der Dreh und Angelpunkt, wenn es darum geht, angemessene Maßnahmen zur Verbesserung der Rentensituation zu entwickeln. Nur wenn man in der Lage ist, Folgewirkungen fundiert abzuschätzen und sie in einen größeren Zusammenhang einzuordnen, ist man in der Lage, Fehlentwicklungen von den Ursachen her zu korrigieren und nicht nur in Hinblick auf die Symptome.

Guter Wille allein reicht häufig nicht. Die Politik zeigt an derartigen Untersuchungen und an einer offenen Ursachendiskussion wenig Interesse. Zu groß und zu gefährlich erscheint ihr das rentenpolitische Minenfeld, das seit der Kanzlerschaft Gerhard Schröders entstanden ist. Denn eine solche Diskussion müsste nicht nur die zunehmende Privatisierung der gesetzlichen Rente und die Ausweitung des Umfangs versicherungsfremder Leistungen kritisch hinterfragen, sondern auch auf die Wirkungen eingehen, die von einem größer werdenden Niedriglohnsektor und einer Zunahme gebrochener Erwerbsbiographien ausgehen.

Umso mehr Wert

sollten Betroffene auf eine fundierte Ursachenanalyse legen und eine offene Diskussion

fordern, mit dem Ziel, das gesetzliche Rentensystem substantiell zu stärken. Um das zu erreichen, dürfen Beitragszahler und Rentenbezieher sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern müssen solidarisch handeln. Denn im Grunde genommen haben beide Gruppen das gleiche Interesse: auskömmliche Renten

im Alter. Und diese Renten sind realisierbar! Wenn man als Arbeitnehmer an eine solche Zukunft allerdings nicht mehr glaubt, wird sich das wie eine selbsterfüllende Prophezeiung auswirken. Denn einseitig die Beitragssätze niedrig zu halten bzw. sie nicht adäquat zu erhöhen, mindert nicht nur die Renten der heutigen Rentnergeneration, in noch stärkerem Maße zerstört es das Fundament für die eigene spätere Rente.

Es ist ein

breiter gesellschaftlicher Konsens erforderlich, wenn das gesetzliche Rentensystem wieder eine solide Grundlage erhalten soll. Das ist trotz des demographischen Wandels möglich, wie eine vom Autor erarbeitete Studie zum gesetzlichen Rentensystem zeigt. Letztlich hängt die Zukunft der gesetzlichen Rente von der Unterstützung ab, die sie politisch und gesellschaftlich erfährt. In der Hand von Politikern liegt es, ob zukünftige Rentner unter sonst gleichen

Bedingungen, das heißt bei gleichem wirtschaftlichen Wachstum, gleicher demographischer Entwicklung, gleichem Renteneintrittsalter und gleichem Rentenbeitragssatz, im Jahr 2050 mit einem Rentenniveau von 57 Prozent rechnen können oder ob das Rentenniveau von zur Zeit 48 Prozent auf einen Wert von 38 Prozent herabsinkt. Wer an detaillierten Informationen über Wirkungszusammenhänge im gesetzlichen Rentensystem interessiert ist, sei auf die Buchveröffentlichung bzw. einen im Wirtschaftsdienst erschienenen Artikel des Autors verwiesen.

Literatur

Günter Eder:

Die Rente im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Demographie. Datenbasierte Überlegungen zur Zukunft der gesetzlichen Rente. ISBN 978-3-944101-47-7, Rhombos-Verlag, Berlin 2018

Günter Eder: Die Rentenpolitik bedarf einer Kurskorrektur. In: Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 99. Jahrgang, 2019, Heft 6, S. 425-431. ISSN: 0043-6275 (Print), Link auf den Artikel über <https://rdcu.be/bHGKm>

(Günter Eder, 11.07.2019)